



Ausgabe 10/2011

19. Juli 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

GdP im Gespräch mit der Fraktion der CSU im Münchner Stadtrat

Themen rund um das PP München

Unsere Aktion „KEINE NULLRUNDE FÜR BAYERNS POLIZEI“ am 04. April 2011 auf dem Münchner Marienplatz führte im Nachlauf zu einer Einladung des CSU-Fraktionsvorsitzenden Josef Schmid im Münchner Stadtrat. Anfang Juli war es dann soweit. Der Einladung ins Münchner Rathaus folgten unser **Landesvorsitzender Helmut Bahr** und der **Vorsitzende der Münchner GdP, Carsten Lindemann**.

Darüber hinaus nahmen an den Gesprächen teil: Hr. Dr. Babor (Stadtrat) und Holger Kretz (CSU-Stadtratsfraktion). Mit einer Vielzahl von Themen war die Tagesordnung sehr ambitioniert. Die von der Bayer. Staatsregierung für das Jahr 2011 festgelegte Nullrunde für unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen bot Carsten Lindemann geradezu eine Steilvorlage für das Thema **Ballungsraumzulage**. Anhand von konkreten Zahlen wurde die Einkommenssituation insbesondere der 2. QE-Beamtinnen und Beamten aufgezeigt. Auch wenn im Tarifbereich ein Abschluss erreicht werden konnte, ist auch hier eine Verbesserung (ballungsraumadäquat) dringend angezeigt. Es geht hier nicht um übertriebene Forderungen, aber Arbeit muss sich lohnen und ein Leben im Ballungsraum München muss auch zukünftig Kolleginnen und Kollegen im niedrigen wie mittleren Lohnbereich noch möglich sein. Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden, in wel-

cher Höhe aus unserer Sicht eine Ballungsraumzulage zu einer aktiven finanziellen Unterstützung beitragen könnte, erwiderte C. Lindemann, dass dies bei einer Höhe von mind. 250-300 Euro anzusiedeln wäre.



In einem Atemzug mit dieser Verbesserung erörterten wir auch die Situation um die **Zweitwohnungssteuer in München**. Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Schmid, kam hier die Forderung der **GdP**, die Einkommensgrenzen deutlich nach oben zu setzen. Unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen ihrer Mindestverweildauer den Dienst in München verrichten, müssen von der Zweitwohnungssteuer befreit werden. Sollte es in einer Ausnahmeregelung gesetzlich nicht möglich sein, müssen die Einkommensgrenzen deutlich angehoben werden!

Interessiert angefragt wurde von Seiten der Politiker auch die **Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen**. Näher beleuchtet wurden die Örtlichkeiten Orleansplatz, Sendlinger-Tor-Platz, Marienplatz und auch die Besonderheiten bei der Münchner Wiesen. Einigkeit

bestand auf breiter Linie, dass dieses Medium nicht nur präventive Wirkung entfaltet, sondern auch im Rahmen kriminalpolizeilicher Ermittlungen ein wertvolles (in Teilbereichen unverzichtbares) Hilfsmittel der täglichen Polizeiarbeit ist.

Argumente des Datenschutzes zur Verhinderung der Videoüberwachung an Brennpunkten der Kriminalität bzw. an besonderen Örtlichkeiten, die für die öffentliche Sicherheit von Bedeutung sind, dürfen nicht dazu führen, dass Datenschutz zu Taten- bzw. Täterschutz wird. Der Fraktionsvorsitzende unterstützte diese Meinung voll. Auf der Tagesordnung stand auch die derzeit durch regionale Medien immer wieder veröffentlichte Diskussion zum Thema **Sperr-**

zeiterweiterung und Alkoholverkauf zur Nachtzeit. Anhand von praktischen Beispielen über die Situation bei Großdiscotheken im Münchner Westen zeigte Lindemann seine eigenen Erfahrungen als Außendienstleiter in München in den Jahren 2002 bis 2010 auf. Dass Verkaufsverbote von Alkoholika an Tankstellen ab 22.00 Uhr bzw. die Rückführung der Sperrzeit auf altes Niveau nicht alle Probleme lösen, war allen Besprechungsteilnehmern klar. Dies müssen begleitende Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes sein, um die immer stärker steigenden Deliktzahlen, insbesondere im Bereich der gefährlichen Körperverletzungsdelikte im Zusammenhang mit Alkohol zu reduzieren.

Mit Fraktionsvorsitzenden Schmid diskutierten wir auch die Entwicklung rund um die Einführung des **Digitalfunks**. Hier stand weniger die Gesamtsituation im

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050



Themen rund um das PP München

Vordergrund als viel mehr die Besonderheit der Kostenaufteilung beim erwarteten Ausbau des Netzes in den Tunneln / Untergrund des öffentlichen Personennahverkehrs in München. Nicht nur der derzeitige Stand bzgl. der Funktionalität des Digitalfunks ist sehr unbefriedigend, auch die Verhandlungen der Stadt mit der Staatsregierung über die mögliche Kostensplittung des Netzausbaus im Untergrund. LV Bahr forderte hier die Verhandlungen zügig fortzuführen, da es bei der früher oder später zu erwartenden Umstellung auf die digitale Welt ein untragbarer Zustand wäre, wenn Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste hier nicht kommunizieren könnten.

Trotz des zeitlich engen Rahmens thematisierten Bahr und Lindemann auch die **Situation** rund um eine Vielzahl von **Pol-**

izeidienstgebäuden des PP München. Ein Zeitungsbericht, der einige Tage vorher über den baulichen Zustand der PI 28 in Ottobrunn berichtete, war ein willkommener Einstieg in die Diskussion. Die politisch immer gern positiv dargestellte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, welche sich im Ballungsraum München mit Sitz führender Wirtschaftsunternehmen ganz besonders widerspiegelt, erfährt bei den Immobilienpreisen eindeutig die Schattenseiten. Miet- / wie Eigentumspreise von Immobilien schnellen in astronomische Höhen. Und dies in einer Zeit, in der bei einer Vielzahl von Dienstgebäuden des PP München Mietverträge auslaufen und einer Verlängerung bedürfen oder wo feststeht, dass Gebäude nach Auslaufen der Mietverträge abgerissen und neue

Dienstgebäude angemietet oder gekauft werden müssen.

Schmid sagte zu, sich hier einzusetzen. So könne die Stadt u.a. bei Neubauten (z. B. von Feuerwehrdienstgebäuden) gemeinsame Projekte prüfen und der Staatsregierung für mgl. gemeinsame Objekte Vorschläge unterbreiten. Dies könnte für beide Beteiligten Synergieeffekte bringen. Einig waren sich alle, dass im Polizeibereich staatseigene Gebäude Mietverhältnissen vorzuziehen sind.

Abschließend bot Fraktionsvorsitzender J. Schmid an, sich regelmäßig zum Austausch zu treffen. Ein gemeinsames Foto im Büro des Fraktionsvorsitzenden vor dem Stadtbild Münchens rundete das Gespräch ab.

Polizeitage 2011 in München –

Innere vs. Private Sicherheit und Wirtschaftskriminalität

Rund 50 Interessierte besuchten den Polizeitag 2011 in München, der vom Behörden Spiegel in Kooperation mit der GdP veranstaltet wurde. Chefredakteur und Herausgeber Uwe Proll begrüßte zusammen mit **BV Bernhard Witthaut (GdP)** die Gäste. Bayerns Innenstaats-

Standards für eine Zertifizierung erarbeitet. Auch wenn die Kooperation mit der Bayer. Polizei gut läuft, legte er Wert auf die Feststellung, dass für ihn das Gewaltmonopol des Staates uneingeschränkt zu gelten hat und nicht zur Disposition steht. Der Münchner Polizeipräsident Prof. Dr.

U-Bahnwache und Polizei gewährleistet. Hier fallen jährlich rund 1.000 Festnahmen und 5.000 Strafanzeigen an. Allerdings stellte auch er eindeutig fest: **Die Gewährleistung der Öffentlichen Sicherheit ist eindeutige Aufgabe des Staates.**



sekretär Eck verwies in seinem Grußwort darauf, dass die Wirtschaftskriminalität trotz ihres Anteils von 2 % an der Gesamtkriminalität 2010 einen Schaden von über 800 Mio. • in Bayern verursacht hat. Mit Vermögensabschöpfungsmaßnahmen konnte die Polizei bei 280 Verfahren immerhin rund 58 Mio. • sichern. Zur Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsunternehmen erklärte er, dass derzeit eine bundesweite Arbeitsgruppe

rund 500 private Ordner in der Arena eingesetzt, um im Rahmen des Hausrechts soweit als möglich Sicherheitsstörungen zu vermeiden, während bei Spielen ohne besondere Risiken die Polizei mit rund 280 Beamten vor Ort ist (bei sog. High-risk-Spielen natürlich erheblich mehr). Die Sicherheit der rund 600 Mio. MIV-Fahrgäste im Jahr wird neben den Streifen der privaten Sicherheitsdienste auch durch gemischte Doppelstreifen aus z.B.

Schmidbauer schilderte in seinem Vortrag die sehr gute Zusammenarbeit der Münchner Polizei mit privaten Sicherheitsunternehmen an den Beispielen Oktoberfest, Allianz-Arena und MVV. So sind vorbildhaft bei Spielen des FC Bayern

Viel Interesse gab es auch beim Vortrag der Firma **3 M**, die das sog. Electronic Monitoring, die elektronische Aufenthaltsüberwachung von Personen mit Hilfe der sog. Fußfessel vorstellte. Das Tochterunternehmen **ElmoTech** hat diese elektronische Fußfessel entwickelt und seit dem 02.05.2000 läuft hierzu ein Pilotprojekt „Überwacher Hausarrest“ im Landgerichtsbezirk Frankfurt/Main. Seither gab es 1.128 Probanden, von denen 90 % alle Vorgaben einhielten, bei 10 % gab es Probleme, weshalb hier strengere Maßnahmen seitens der Justiz ergriffen wurden. Ein Häftling kostet den Steuerzahler rund 96 • pro Tag in Haft, das Verfahren Fußfessel mit allen Nebenkosten nur knapp 36 •. Neben dem finanziellen Vorteil für den Staat erfolgt eine leichtere Resozialisierung, für die Familie, deren Hauptnährer betroffen ist, gibt es Vorteile und besseren Zusammenhalt und letztlich ist auch weniger Sozialhilfe notwendig, was weitere Einsparungen bringt. Zudem wurden bei den positiven Probanden weniger Wie-



Polizeitage 2011 in München – Innere vs. Private Sicherheit und Wirtschaftskriminalität

derholungstaten registriert und die Justiz ist flexibler hinsichtlich schwankender Fallzahlen. **Bei Einverständnis des Betroffenen kann die Fußfessel mit dem sog. GPS-Tracking, der Sprachüberwachung sowie regelmäßig selbst durchzuführenden Alkoholtests kombiniert werden.** Während in Bayern derzeit nur im Rahmen einer am 19.05. dieses Jahres mit Hessen vereinbarten Kooperation der Einsatz im Rahmen von aus der Sicherungsverwahrung

bote seiner Mitgliedsunternehmen (rund 800 von bundesweit 3.700 mit rund 170.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 4,6 Mrd. •) vor. Schon 2002 hat die sog. „Scholz-Kommission“ in Berlin aus Einsparungsgründen vorgeschlagen, zur Entlastung der Polizei begleitende Streifen durch private Sicherheitsdienste für Raumschutzmaßnahmen durchführen zu lassen. Auch die IMK 2008/2009 stellte fest: Private Sicherheit ist ein wichtiger Teilaspekt der Öffentlichen Sicherheit. Während es mit 10 Bundesländern bereits sog. Kooperationsvereinbarungen gibt, konnte dies für Bayern noch nicht erreicht werden. Ein bundesweites Gesetz, dass Rechte und Pflichten der Sicherheitsunternehmen regelt, lehnte er ab. Standards könnten nun mit der in



Die beiden stv. GdP-Landesvorsitzenden Peter Schall (links) und Carsten Lindemann lauschen gespannt

zu Entlassenden getestet werden soll, um zumindest eine gewisse Unterstützung der Polizei zu erreichen, gibt es in Österreich inzwischen auch den Einsatz im Rahmen der Bekämpfung Häuslicher Gewalt zur Überprüfung der Wirksamkeit richterlicher Anordnungen wie Kontakt- und Alkoholverboten.

Die Fußfessel selbst ist manipulationssicher, stoss- und wasserfest und wiegt 170 g, der Akku hält 24-Stunden und im Alarmfall erfolgt sowohl Akustischer als auch Vibrationsalarm.

Stv. Landesvorsitzender Carsten Lindemann hatte gleich eines der Probleme in der Stadt erkannt: Das GPS-Signal zur Kontrolle des Delinquenten funktioniert natürlich nicht in der U-Bahn. Trotzdem dürfte eine gewisse Entlastung der Polizei beim vorgesehenen Klientel entstehen, insbesondere dann, wenn von diesen Absprachen eingehalten werden.

Dr. Olschok vom Bundesverband der Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) stellte die Aufgaben bzw. Ange-

botliche Sicherheit. Während es mit 10 Bundesländern bereits sog. Kooperationsvereinbarungen gibt, konnte dies für Bayern noch nicht erreicht werden. Ein bundesweites Gesetz, dass Rechte und Pflichten der Sicherheitsunternehmen regelt, lehnte er ab. Standards könnten nun mit der in

Kürze zu erwartenden einheitlichen Zertifizierung genauso gut erreicht werden und verwies dazu auf die Vorgaben in den Bereichen Luftsicherheit (rd. 8.000 Beschäftigte), Bewachung von Liegenschaften der Bundeswehr (rd. 6.000 Beschäftigte), die DB-Sicherheit mit ca. 3.000 Beschäftigten, sowie nach dem Atomgesetz zur Bewachung der Kernkraftwerke. **Die GdP-Vertreter stellten in Übereinstimmung mit den anwesenden Politikern jedoch klar, dass das Gewaltmonopol des Staates bei der Polizei liegt.** Der Einsatz von sog. „City-Streifen“ durch Private wurde daher äußerst kritisch gesehen, auch wenn Kommunen damit auf Beschwerden von Anwohnern und festgestellten Vandalismus reagieren.

Herr Michael GEORGE vom BayLfV hielt einen höchst interessanten Vortrag zum Thema Wirtschaftsspionage und stellte fest, dass gerade E-Mail und Handy (insbes. sog. Smartphones) bestens geeig-

net sind, sensible Informationen abzuschöpfen. Auch täglich rund 53.000 neue „Schädlinge“ im Internet (Viren, Schadprogramme, Trojaner, etc.) tragen dazu bei, dass der Schaden durch Wirtschaftsspionage pro Jahr rund 50 Mrd. • mit steigender Tendenz beträgt. Beispielsweise waren durch einen aufgeklärten EDV-Angriff aus China in Bayern 80 Betriebe betroffen – **nicht ein einziger hatte das „Ab-saugen“ seiner Geschäftsdaten bemerkt.** Neben Angriffen von außen, insbesondere von und im Ausland, sind der frustrierte Kollege als „Innentäter“ (statistisch zwischen 38 u. 50 Jahren alt, mind. 5 Jahre mit gleicher Tätigkeit im Betrieb) sowie die Mitteilungsfreude der Manager (man denke nur an Flughafenwartezone oder Fahrt im ICE) Lieferant für viele Geschäftsgeheimnisse.

Prof. Dr. Tobias Eggendorfer von der Hochschule der Polizei in Hamburg verstärkte den Vortrag seinen Vorgängers durch seine Schilderungen zum IT-Sicherheitsmanagement und stellte die Forderung auf, dass Programmierer unbedingt bereits beim „Stricken“ neuer Software Sicherheitsrisiken von vorneherein ausschließen. Hier passieren immer wieder die gleichen Fehler, so habe Microsoft alleine im Juni 2011 dreizehn Sicherheitslücken mit Updates schließen müssen, seit 1997 seien es wohl 2.000 Fehler gewesen, die durch Ausnutzen dieser Lücken Angriffe auf Daten und Rechner des Endanwenders ermöglichten. Man müsse weg kommen von der Feuerwehr, die immer nur reagiere, zum vorbeugenden Brandschutz, so sein Fazit.

Die Podiumsdiskussion „Grenzen Privater & Öffentlicher Sicherheit“ mit den MdL Joachim Hanisch (FW) sowie Harald Schneider (SPD u. GdP-Ehrevorsitzender) mit Dr. Olschak (BDWS), Uwe Pröll (Behördenpiegel) und **Landesvorsitzendem Helmut Bahr** rundete die gelungene und vor allem informative Veranstaltung ab. Die beiden Abgeordneten stellten **auch im Sinne der GdP klar: Im Öffentlichen Bereich muss die Polizei weiterhin zuständig sein, ggf. muss einfach mehr Polizei eingestellt werden.** Auch Art. 33 GG stellt fest, dass Hoheitliche Tätigkeit nur durch staatliche Organe zu leisten ist. (PSch)



Die GdP im Gespräch

Zwei wichtige Gesprächspartner hatte die GdP Bayern in ihre letzte GLBV-/LBV-Sitzung vor der Sommerpause eingeladen: LPP Kindler gab dem GLBV die Ehre und berichtete zu aktuellen Polizeithemen. Dabei spielte die bevorstehende Evaluierung der Polizeireform eine zentrale Rolle. Nach Kindlers Worten steht eine Lösung bevor, die mit den Forderungen der Gewerkschaften im Einklang steht. Die Verhandlungen laufen gut und es ist mit einem baldigen Ergebnis zu rechnen.

Zur Verteilung der zusätzlichen Sollstellen für Bayerns Polizei werden zwei Wege verfolgt: Die Rückgabe der Sollstellen aus der Rückführung der 42-Stundenwoche soll an die Präsidien erfolgen, bei denen die Stellen damals eingespart werden mussten und diese entscheiden dann, wie sie diese Stellen verteilen. Die zusätzlichen 1.000 Stellen sollen entsprechend der Belastungszahlen verteilt werden, ein Plan dazu wird derzeit erstellt und soll bis Ende des Jahres vorliegen. Eine Zuweisung erfolgt erst dann, wenn diese zusätzlichen Kollegen/-innen ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Für den Nachtragshaushalt bat er auch um die Unterstützung der GdP zur Verbesserung des Sachhaushaltes, da nach derzeitigem Stand für 2012 ein Minus von rund 5,3 Mrd. • erfolgt, wenn nicht zusätzliche Mittel für die Polizei kommen. Aufgrund des Investitionsrückstaus müssten unbedingt Verbesserungen im Sachhaushalt erfolgen. Ein großes Problem ist die hohe Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen, sie liegt derzeit bei ca. 12 % bayernweit, wobei die Bereiche unterschiedlich betroffen sind. Auch die GdP-Funktionsträger be-

richteten über die Lage vor Ort, aufgrund der mehr als angespannten Personallage mehren sich die Fälle von Burnout, andererseits sei einfach infolge der Überalterung mit einem weiteren Ansteigen dieser Fälle zu rechnen. Ob die neue eingerichtete ressortübergreifende Arbeits-

schaftszeiten beim Geschlossenen Einsatz, hier soll eine bundesweit einheitliche Lösung kommen, die IMK wartet jedoch erst ab, ob das positive Urteil des OVG Niedersachsen rechtskräftig wird. Im Landesvorstand stand BV Bernhard Witthaut Rede und Antwort zu aktuellen

Themen, die über Vorratsdatenspeicherung, Gewalt gegen Polizei mit aktuellem Bericht zur erfolgten Strafverschärfung des § 113 StGB, Arbeitszeiten im Schichtdienst, Zweigeteilter Laufbahn in Baden-Württemberg (Novum in Geschichte der GdP, da GdP-Forderung im Koalitionsvertrag enthalten) bis zu internen Umstrukturierungen im GdP-Bundesvorstand und seiner Arbeitsweise reichten. (PSch)



Unser Foto zeigt Bernhard Witthaut im Kreise des LBV

gruppe Demografie (für das IM KD Heigl und Frau Els) hier Lösungen erarbeiten kann, bleibt abzuwarten.

Die GdP drängte darauf, baldmöglichst eine Lösung der Frage, was für die Ausnahme 20 Jahre WSD „und ähnlich belastende Dienste zu ungünstigen Zeiten“ zählt. Hier findet in Kürze ein Gespräch LPP Kindler im StMF statt, da es Signale gibt, dass die Jahre mit K-Bereitschaft in der Fläche wohl nicht darunter fallen sollen. Die GdP setzte sich nochmals dafür ein, dass auch diese belastenden Dienste, die ja i.d.R. zusätzlich zum normalen Dienst anfielen, anerkannt werden. Auch das Thema Zeitkorridor und Chippen für Schichtdienstler wurde diskutiert, hier liegt ein Vorschlag der zuständigen AG beim Minister. Beim Thema Arbeitszeit ging es auch um Einsatz- und Bereit-



**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**



Bernhard Witthaut und Hugo Müller zu Gast im Unterallgäu



V.l.: Redner Werner Blaha, Gerwin Bernhard, LV Helmut Bahr, BV Bernhard Witthaut, Peter Pytlik und stv. BV Hugo Müller

Bei der Jahresversammlung der GdP Unterallgäu-Memmingen/Bezirksgruppe Schwaben Süd/West am 13. April in Mindelheim, waren u.a. der Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, der stv. Bundesvorsitzende Hugo Müller und der Landesvorsitzende Helmut Bahr zu Gast. Peter Pytlik, KG-Vorsitzender Unterallgäu-Memmingen, bedankte sich bei seiner Begrüßung bei den 120 Teilnehmern und war sichtlich erfreut über die sehr große Resonanz.

Werner Blaha, Bezirksvorsitzender Schwaben Süd/West, kam in seinem Grußwort gleich deutlich zur Sache und bezeichnete die Nullrunde 2011 für die Beamten als nicht zu überbietende Arroganz der Politik, die sich im Gegenzug selbst eine Diätenerhöhung von 3,5 Prozent genehmigten. Weitere Dauerbrenner wie „Gewalt gegen die Polizei“, „Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte“ und „Rechtsschutz durch den Dienstvorgesetzten“ waren an diesem Abend Themen, die natürlich von den Gastrednern Bernhard Witthaut, Hugo Müller und Helmut Bahr genauer beleuchtet wurden. Insgesamt war bei den Teilnehmern deutlich zu spüren, dass es innerhalb der Polizei gewaltig brodelt. Dies konnten die anwesenden Pressevertreter und der extra aus München angereiste Polizeireporter vom Bayer. Rundfunk, Oliver Bendixen, unschwer feststellen. Peter Pytlik beendete dann gegen 23.30 Uhr offiziell die Versammlung und bedankte sich nochmals bei den Gästen aus dem Bundes- und Landesvorstand für ihr Kommen.

ZWEIBRÜDER Optoelectronics

Die Lampen
mit dem
technologischen
Dynamit

**LED
LENSER**

LED LENSER®

**Vorzugspreise für
GdP-Mitglieder**

auf die Original LED
LENSER Taschenlampen
der „Best of“-Produkte
der K-, T-, M-, X-Serie.

Die LED LENSER Lampen
sind mit den Linsen des
Advanced Focus Systems
und dem Fokussiermecha-
nismus des neu entwickelten
Speed Focus ausgestattet.
Die Lichtleistung ist 3 bis 4
mal so hoch wie bei einer
herkömmlichen, schweren
Stabtaschenlampe.

Lampen, die sich im harten
Alltagseinsatz bewährt
haben und weltweit im
Einsatz sind. Viele Produkte
wurden mehrfach mit
Designpreisen ausge-
zeichnet.

LED
LENSER®
T7



LED LENSER®
P7

LED LENSER®
H7



LED LENSER®
M7



**Mitgliederservice Sozialwerk
der GdP Bayern GmbH**

Hansastraße 17/1
80686 München
Tel. 089 / 57 83 88 28
Fax 089 / 57 83 88 23
Mail info@swbayern.de
www.swbayern.de

Informationen:

SW Online-Shop: www.swbayern.de

Hotline: 089/57 83 88 28

Email: grillo@swbayern.de